

Was vom Terror übrig blieb

Die Abu-Nidal-Gruppe führte in den achtziger Jahren blutige Anschläge in Wien durch. Ihr Pate ist tot, aber auf einem Bank-Austria-Konto seiner Organisation liegen noch immer acht Millionen Euro.

VON THOMAS RIEGLER

Er war ein früher Bin Laden. Etwa 100 Anschläge in mehr als 20 Ländern gehen auf das Konto des 1937 in Jaffa geborenen Sabri Chalil al-Banna, der sich 1974 unter dem Kampfnamen Abu Nidal von der PLO abgespalten hatte. Auch Österreich hatte Abu Nidal zwischen 1981 und 1985 mit Terror überzogen: 1981 starb der Wiener Stadtrat Heinz Nittel bei einem Schussattentat. Im selben Jahr wurde die Synagoge in der Wiener Innenstadt angegriffen. Bilanz: zwei Tote und 21 Verletzte. Ein letztes Fanal folgte 1985. Ein Kommando überfiel den El-Al-Schalter am Flughafen Schwechat und hinterließ drei Tote und 47 Verletzte. Noch im selben Jahr ging Abu Nidal nach Libyen und stellte sich in den Dienst von Muammar al-Gaddafi. Am Bau der Bombe, mit der die PanAm-Maschine über Lockerbie zum Absturz gebracht wurde, soll Abu Nidal beteiligt gewesen sein. 1999 brach er mit Gaddafi und übersiedelte in den Irak, wo er 2002 – an Leukämie erkrankt – wahrscheinlich vom irakischen Geheimdienst erschossen wurde. Andere Quellen sprechen von Selbstmord.

Österreich hatte Abu Nidal wegen der Bemühungen Bruno Kreiskys angegriffen, PLO-Chef Jassir Arafat der internationalen Staatengemeinschaft als Gesprächspartner nahezubringen. In einem nun von profil eingesehenen Dokument der DDR-Stasi, die über umfangreiches Material zu Abu Nidal verfügte, heißt es: „Die Ermordung Nittels wird als Warnung für Kreisky bezeichnet, welcher seine Vermittlerrolle zwischen Israel und der PLO einstellen soll.“

Während die Abu Nidal Organisation (ANO) in der Bedeutungslosigkeit versunken und der ehemalige Superterrorist tot ist, existiert in Österreich noch eine Hinterlassenschaft der Terrorjahre: Am 4. August 1982 wurde ein Konto mit der Nr. 132195566 bei der damaligen Länderbank eröffnet – und zwar von der jordanischen Staatsbürgerin Halimeh Almughrabi. Zwischen 1982 und 1987 wurden umgerechnet acht Millionen Euro in vier Tranchen einbezahlt. Almughrabi fungierte offenbar als „Strohfrau“ für ihren Ehemann Samir Najmeddin. Der 1939 geborene Najmeddin, Kampfname Abu Nabil, war der „Finanzminister“ Abu Nidals und für alle Auslandsinvestitionen zuständig. Die Stasi

ANSCHLAG IN SCHWECHAT 1985
Revanche für Kanzler Kreiskys
Vermittlungsversuche



vermerkte in den profil vorliegenden Akten: „N. ist Spezialist auf dem Gebiet des internationalen Waffenhandels.“

Um ihre Operationen zu finanzieren, hielt sich die Organisation einen kommerziellen Flügel, der mit Waffen- und Immobiliengeschäften für Erträge sorgte. Herz dieses Geschäftsimperiums von Abu Nidal war das Unternehmen SAS Trade & Investment, dessen Zentrale in Warschau von Najmeddin geleitet wurde. Weitere Zweigstellen befanden sich in Ostberlin, Kuwait, Griechenland und Zypern. Vor allem das kommunistische Polen und die DDR duldeten die Präsenz der ANO und kamen im Gegenzug zu Devisen und Informationen über die internationale Terrorszene.

Insgesamt verfügten die geschäftstüchtigen Terroristen laut Stasi-Schätzungen von 1989 über „100 bis 500 Millionen Dollar“. Das Stasi-Dossier: „Jedes Mitglied soll eine größere Geldsumme bei einer Heirat, einschließlich einer Vollkomfortwohnung, zur Verfügung gestellt bekommen.“

Auch von Österreich aus wurden Geschäfte abgewickelt: Anfang der achtziger Jahre hatte der syrische Waffenhändler Monzer Al-Kassar in der Wiener Zelinkagasse das Import-Export-Unternehmen Alkastronic gegründet. Die Alkastronic hatte laut Stasi-Unterlagen enge Geschäftskontakte mit der ANO: Im März 1984 wurden ihr 553 Pistolen sowie Munition für 228.560 Dollar in Rechnung gestellt. Eine zweite Abrechnung vom 3. April 1984 lautete auf 20.000 Stück 7,65-mm-Munition und 20 Pistolen mit Gold- und Silbergravur.

Gewinne aus den Waffengeschäften wurden bevorzugt bei der als „Weltbank des Verbrechens“ bekannt gewordenen Bank of Credit and Commerce International (BCCI) in London angelegt – wegen deren besonderer Fähigkeit, Gelder zu „verstecken“. Darüber hinaus richtete man Konten in der Schweiz, in Spanien und in Österreich ein. Laut dem britischen Autor Patrick Seale wurde dabei ein beträchtlicher Anteil des Gelds auf die Namen von Abu Nidals engsten Familienangehörigen deponiert.

Wie aus staatspolizeilichen Ermittlungsakten hervorgeht, gab es bei österreichischen Banken gleich mehrere solcher Konten. Neben dem 1982 von seiner Frau eröffneten 8-Millionen-Euro-Konto richtete Najmeddin selbst 1986 bei der Zentralsparkasse das Konto Nr. 570309930 ein. Als Zeichnungsberechtigte schien dafür eine junge syrische Studentin auf, die



AP/PICTURESCO.COM/APAHERBERT FARRHOFFER



**ABU NIDAL;
KONTOERÖFFNERIN
ALMUGHRABI**
Das Erstgericht wollte
das Terroristengeld
nicht für verfallen
erklären

zu diesem Zeitpunkt in Wien-Floridsdorf wohnte: Khalil Badia, die 1967 geborene Tochter Abu Nidals. Die Palästinenserin studierte jahrelang in Österreich – in jenem Land, das von der Organisation ihres Vaters zuvor mehrfach angegriffen worden war. Badia blieb bis Anfang der neunziger Jahre in Wien und stand unter intensiver Beobachtung seitens der Staatspolizei. Die Ehefrau Abu Nidals, Bitar Hiyam, verfügte gleich über zwei Konten bei der Zentralsparkasse. Am 11. November 1986 wurde auf eines dieser Konten aus der Schweiz eine Million Dollar transferiert. Es ist unklar, was mit den Geldern weiter geschehen ist.

An das größte bei der nunmehrigen Länderbank/Bank Austria eingerichtete Guthaben versuchte Najmeddin 1991 heranzukommen, doch das Konto war im Zuge des Golfkriegs wegen Verdachts auf Irak-Verbindungen eingefroren worden. Am 13. Jänner 2000 betrat schließlich die seinerzeitige Kontoeröffnerin Almughrabi die Filiale in der Wiener Nordbergstraße 13, um das Geld zu holen. Sie wurde vor Ort von WEGA-Beamten festgenommen. Weil sich die damals 65-Jährige in Widersprüche verwickelte, klagte man sie wegen Beteiligung an einer kriminellen Organisation an. Später gegen Kautions freigelassen, erschien Almughrabi nicht mehr zu den Verhandlungsterminen.

Unmittelbar nach der Verhaftung Almughrabis hatte es Drohungen der Organisation gegen Österreich gegeben. Das Geld wurde als „Schuld des Staates Österreich an die ANO“ bezeichnet, die man sich auf jeden Fall holen werde. Ein befreundeter Nachrichtendienst versorgte die Staatspolizei sogar mit den Kampfnamen von Attentätern, die sich bereits zur Durchführung von Autobombenanschlägen in Österreich befanden.

Am 1. Juli 2008 gab es schließlich einen Knalleffekt: Der Antrag der Staatsanwaltschaft, das Guthaben für verfallen zu erklären, wurde abgelehnt. Da die ANO in der Zwischenzeit nicht mehr existiere, sah das Gericht keine Gefahr, dass das Geld terroristischen Zwecken zufließen könnte – obwohl Informationen vorlagen, wonach die ANO nach dem Tod Abu Nidals im Libanon mit der radikal-islamistischen Gruppierung Ansar Allah kooperiere. Das Urteil wurde in zweiter Instanz vom Oberlandesgericht Wien aufgehoben und zur neuerlichen Verhandlung an das Erstgericht zurückverwiesen.

2010 meldete sich plötzlich der „Erste Sekretär der ANO“ und teilte den österreichischen Behörden mit, man habe „keine Kenntnis“ von besagtem Konto gehabt. Das Ehepaar Almughrabi/Najmeddin habe die Absicht verfolgt, die dort eingezahlten Gelder zu „veruntreuen“. Zu dieser Version passt, dass Najmeddin schon zu Abu Nidals Lebzeiten in Ungnade gefallen war und sich Mitte der neunziger Jahre mit seiner Frau auf eine Farm in Libyen zurückzog.

Mittlerweile geht der Rechtsstreit weiter – zuletzt wurde der Prozess im April 2011 vertagt.

Die Bank Austria stellt auf Anfrage von profil fest, sie habe stets die jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen beachtet: „Es gab seinerzeit keinerlei Verdachtsmomente, die zu einer Ablehnung der Aufnahme einer Geschäftsbeziehung hätten führen müssen. Als zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt Verdachtsmomente aufgetaucht sind, haben wir unmittelbar reagiert und die Behörden eingeschaltet.“

**„Es gab seinerzeit
keinerlei Verdachts-
momente, die zu einer
Ablehnung hätten
führen müssen“**

Stellungnahme der Bank Austria

Zum Autor:

Thomas Riegler ist Historiker in Wien. Zuletzt erschienen: „Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus 1973 bis 1985“.